



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 13.07.2017

Niederschrift

über die **28. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 27.06.2017, 16:06 Uhr bis 18:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Reinhard Houben	FDP	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	(bis 18.30 Uhr)
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dirk Michel	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	(bis 16.50 Uhr)
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Frau Marion Heuser	GRÜNE	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Kircher	SPD	(für SB Ott)
Frau Monika Schultes	SPD	(für RM dos Santos Herrmann)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Wolfgang Kissenbeck	auf Vorschlag der SPD	(bis 17.15 Uhr)
Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD	
Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker	CDU	(bis 18.45 Uhr)
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU	(bis 18.45 Uhr)
Herr Markus Graf	GRÜNE	
Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen	

Frau Gunda Wienke

auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Andreas Feld

auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Herr Hans Anton Meurers

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Thomas Hegenbarth

PIRATEN (bis 18.05 Uhr)

Herr Tobias Scholz

Gute Wählergruppe Köln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Herr Klaus Harzendorf

Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Frau Ricarda Mauksch

Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Herr Gerd Neweling

Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau

Herr Bernd Pütz

Bauverwaltungsamt

Frau Sonja Rode

Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Schriftführerin

Frau Angela Krause

Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur

Gäste

Herr Gunther Höhn

KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Czernik

auf Vorschlag der CDU

Herr Hans-Peter Vietzke

auf Vorschlag der Grünen

Beratende Mitglieder

Herr Bernd Fahlenbock

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 28. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. Köln vom 20.06.2017 betr.
Varianten für eine Querung der Luxemburger Straße an der Haltestelle Eifelwall
AN/0935/2017

1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln und der Piraten-Gruppe vom 22.06.2017 betr.
Wann kommt der fahrscheinlose Tag für Köln?
AN/0950/2017

Tischvorlage

1.7 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.06.2017 betr.
Stellplätze für Fahrräder in Köln
AN/0956/2017

Tischvorlage

4.8 Verkehrsführungskonzept Altstadt
2835/2016/1

4.9 Taktverdichtung der Linie 16 bis Wesseling
1744/2017

4.10 Optimiertes Buskonzept für Mülheim Süd, Kalk und Vingst
1746/2017

5.12 Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf dem Schiefersburger Weg - Nippes (Bilderstöckchen)
1816/2017

5.13 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz
3010/2015
I. Durchgang

5.14 Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8

Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6602-1201-3-1001, Lindenthalgürtel/Dürener Str., Linksabbieger
1574/2017

5.15 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Änderung des Gesellschaftsvertrages
1584/2017
Tischvorlage

6.3 Ampelanlage am Verteilerkreis Süd
hier: Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.05.2017, TOP 1.5
1793/2017

6.4 Geschwindigkeitsüberschreitungen der KVB in Tempo 30 Zonen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und der Piraten-Gruppe in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.05.2017, TOP 1.3
1852/2017

7.7 Planung einer temporären Fuß- und Radwegerampe an der unterstromigen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz
1349/2017

7.8 Luftreinhaltung - Sachstand zum Runden Tisch
1945/2017
- wird zurückgezogen -

7.9 Jahresbericht 2016 der Koordinationsstelle Klimaschutz
1996/2017
Tischvorlage

13.1 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Abtretung des Geschäftsanteils an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)
1582/2017
Tischvorlage

Zu TOP

4.4 Anbindung weiterer Stadtteile an den ÖPNV-Nachtverkehr am Wochenende
1183/2017

liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion als **Tischvorlage** vor,

zu TOP

5.13 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz
3010/2015

ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als
Tischvorlage.

RM Hammer meldet zum TOP

3.1 Sperrung Gleueler Straße am Wochenende
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 11.03.2013; TOP 5.2
0838/2016

Beratungsbedarf an und bittet, die Beschlussfassung in die kommende Sitzung zu
vertagen.

RM Weisenstein zeigt sich erstaunt, dass TOP 7.8, Luftreinhaltung - Sachstand zum
Runden Tisch, 1945/2017, zurückgezogen wurde – diese sehr interessante und hoch
brisante Mitteilung könne nun im Netz auch nicht mehr eingesehen werden – und bit-
tet um Erklärung. Er halte diese Vorgehensweise für sehr befremdlich.

BG Blome informiert, dass diese Mitteilung durch einen Kommunikationsfehler in der
Verwaltung noch nicht abgestimmt gewesen sei und insofern verfrüht veröffentlicht
wurde.

Seniorenvertreter Meurer erinnert an einen Beschluss des Beschwerdeausschusses
vom 09.05.2017 zur Beschaffung von 10 Elektrofahrzeugen und bittet die Verwaltung
um Auskunft, wann sich der hiesige Ausschuss mit der Thematik beschäftigen werde.

BG Blome teilt mit, dass eine entsprechende Verwaltungsvorlage des Dezernates von
Dr. Rau in Bearbeitung sei und fristgerecht in die Sitzung des Verkehrsausschusses
am 05.09.2017 eingebracht werde.

RM Michel berichtet aus der Sondersitzung der BV Porz in der vergangenen Woche,
in der ein Dringlichkeitsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Thema
Umgehungsstraße beschlossen und in den Verkehrsausschuss verwiesen wurde. Er
halte dies für sehr dringend und möchte wissen, ob das Verfahren beschleunigt wer-
den könne.

Auch hierzu berichtet BG Blome, dass die Verwaltungsvorlage – entsprechend den Vorschriften der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen – in Bearbeitung sei und dem hiesigen Ausschuss nach der Sommerpause vorgelegt werde.

Der Ausschuss ist im Übrigen mit den vorgetragenen Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.05.2017 betr.
Organisation des Dezernates VIII – Mobilität und Infrastruktur
AN/0779/2017

Stellungnahme der Verwaltung
1680/2017

1.2 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 23.05.2017 betr.
Evakuierung von mobilitätseingeschränkten Personen
AN/0801/2017

1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.06.2017 betr.
Instandsetzung des Radweges im Äußeren Grüngürtel parallel zum Militärring
AN/0900/2017

1.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2017 betr.
Umsetzung von Beschlüssen zur Verbesserung des Radverkehrs
AN/0905/2017

1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 20.06.2017 betr.
Varianten für eine Querung der Luxemburger Straße an der Haltestelle Eifelwall
AN/0935/2017

1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln und der Piraten-Gruppe vom 22.06.2017 betr.
Wann kommt der fahrscheinlose Tag für Köln?
AN/0950/2017

- 1.7 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.06.2017 betr.
Stellplätze für Fahrräder in Köln
AN/0956/2017

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 14.06.2017 betr.
Einrichtung einer Mobilitätsstation in Chorweiler
AN/0910/2017

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

- 3.1 Sperrung Gleueler Straße am Wochenende
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 11.03.2013; TOP 5.2
0838/2016
- zurückgestellt -

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Ergänzender Baubeschluss Großbaumverpflanzungen
1019/2017
- 4.2 Ergänzende Maßnahmen zum "Interkommunalen Programm zwischen Köln und Bergisch Gladbach (33-Punkte-Programm)" zur Senkung des Verkehrsaufkommens für den Stadtbezirk Mülheim
1017/2017
- 4.3 1. Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik
2. Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte
0943/2017
- 4.4 Anbindung weiterer Stadtteile an den ÖPNV-Nachtverkehr am Wochenende
1183/2017
- Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 27.06.2017
AN/0981/2017
- 4.5 Teilergebnisplan 1302 - Wasser und Wasserbau; Instandsetzung der Steinschüttungen im Bereich der Oberländer Werft und Stammheimer Ufer
1520/2017

- 4.6 Verwendung der Stellplatzablösemittel
Errichtung eines Längsparkstreifens in der Grünfläche an der Olpener Straße
vor der Einmündung Hohensyburgstraße in Köln-Merheim
1554/2017
- 4.7 S-Bahn Köln-Pulheim-Mönchengladbach
1748/2017
- 4.8 Verkehrsführungskonzept Altstadt
2835/2016/1
- 4.9 Taktverdichtung der Linie 16 bis Wesseling
1744/2017
- 4.10 Optimiertes Buskonzept für Mülheim Süd, Kalk und Vingst
1746/2017
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 Hochwasserschutzzonenvorordnung Poll bis Rheinpark Deutz
2303/2016
- 5.2 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln
0958/2017
- 5.3 Planfeststellungsverfahren für die Aufhebung des Bahnübergangs Luxemburger
Straße / Militärringstraße
0879/2017
- 5.4 Entwicklungskonzept Chorweiler
für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord
1070/2017
- 5.5 Planungsbeschluss für die Neugestaltung der Gürzenichstraße im Rahmen
der Fördermaßnahme "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung"
gefördert durch das Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus"
1105/2017
- 5.6 Planungsbeschluss für die Neugestaltung des Tunnels Johannisstraße im
Rahmen der Fördermaßnahme "Via Culturalis und die Quartiere der Domum-
gebung" gefördert durch das Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städ-
tebaus"
1144/2017
- 5.7 260. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1217/2017

- 5.8 Planfeststellungsverfahren für den vierstreifigen Ausbau der L 183 (Bonnstraße) zwischen K 6 (Krankenhausstraße) und L 361 (Aachener Straße) mit Vollausbau der Anschlussstelle Frechen-Nord und Verflechtungsstreifen der Autobahn A 4
1225/2017
- 5.9 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Friederike-Nadig-Weg/Marion-Dönhoff-Weg von Astrid-Lindgren-Allee bis Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück
1465/2017
- 5.10 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Sinziger Straße von Bonner Straße bis Grenze des Bebauungsplans 67409/04 in Köln-Marienburg
1474/2017
- 5.11 Generalinstandsetzung des Kiefernweges in Porz-Grengel
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen
1432/2017
- 5.12 Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf dem Schiefersburger Weg - Nippes (Bilderstöckchen)
1816/2017
- 5.13 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz
3010/2015
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017
AN/0990/2017
- 5.14 Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6602-1201-3-1001, Lindenthalgürtel/Dürener Str., Linksabbieger
1574/2017
- 5.15 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Änderung des Gesellschaftsvertrages
1584/2017

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Stadtbahnanbindung Köln-Widdersdorf
hier: Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 21.03.2017, TOP 1.3
1384/2017
- 6.2 Förderung der Elektromobilität in Köln - Umsetzungskonzept 1275/2017
1558/2017
- 6.3 Ampelanlage am Verteilerkreis Süd
hier: Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.05.2017, TOP 1.5
1793/2017
- 6.4 Geschwindigkeitsüberschreitungen der KVB in Tempo 30 Zonen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und der Piraten-Gruppe in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.05.2017, TOP 1.3
1852/2017

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Öffentlichkeitsbeteiligung und Durchführung der Lärmaktionsplanung des Eisenbahnbundesamtes
1304/2017
- 7.2 Tätigkeitsbericht 2016 des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik
1352/2017
- 7.3 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Meschenich und Rondorf
1420/2017
- 7.4 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum "Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße"
1534/2017
- 7.5 Mitnahmeverbot für E-Scooter bei der KVB AG
1745/2017
- 7.6 Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des RheinEnergie-Stadions
1838/2017
- 7.7 Planung einer temporären Fuß- und Radwegerampe an der unterstromigen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz
1349/2017

- 7.8 Luftreinhaltung - Sachstand zum Runden Tisch
1945/2017
- wurde zurückgezogen -
- 7.9 Jahresbericht 2016 der Koordinationsstelle Klimaschutz
1996/2017

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Sachstand zur Anbindung der Linie 3 ans Görlinger Zentrum
Mündliche Anfrage des RM Schultes
- 8.2 Livemap zum ÖPNV in Hamburg
Mündliche Anfrage des RM Scholz

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 13.1 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Abtretung des Geschäftsanteils an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)
1582/2017
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.05.2017 betr. Organisation des Dezernates VIII – Mobilität und Infrastruktur AN/0779/2017

Stellungnahme der Verwaltung 1680/2017

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

BG Blome informiert auf Nachfrage des RM Kron, dass der Prozess noch andauere und die Schnittstellen, Aufbau- und Linienorganisationen noch konkret definiert werden müssen. Sie sagt zu, dem Ausschuss nach Analyse und Festlegung der genauen Strukturen weiter zu berichten.

1.2 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 23.05.2017 betr. Evakuierung von mobilitätseingeschränkten Personen AN/0801/2017

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.06.2017 betr. Instandsetzung des Radweges im Äußeren Grüngürtel parallel zum Militärring AN/0900/2017

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

1.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2017 betr. Umsetzung von Beschlüssen zur Verbesserung des Radverkehrs AN/0905/2017

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. Köln vom 20.06.2017 betr.
Varianten für eine Querung der Luxemburger Straße an der Haltestelle
Eifelwall
AN/0935/2017**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln und der Piraten-Gruppe vom
22.06.2017 betr.
Wann kommt der fahrscheinlose Tag für Köln?
AN/0950/2017**

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, berichtet, dass ursprünglich beabsichtigt war, den fahrscheinlosen Tag im September im Rahmen der Mobilitätswoche durchzuführen. Aufgrund einer notwendigen Sperrung der Ost-West-Achse an dem betreffenden Sonntag müsse der fahrscheinlose Tag nun in das kommende Jahr verschoben werden; ein entsprechender Vorschlag werde dem hiesigen Ausschuss nach der Sommerpause unterbreitet.

**1.7 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.06.2017 betr.
Stellplätze für Fahrräder in Köln
AN/0956/2017**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

**2.1 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 14.06.2017 betr.
Einrichtung einer Mobilitätsstation in Chorweiler
AN/0910/2017**

RM Weisenstein nimmt Stellung zu seinem Antrag und wirbt um Unterstützung.

Die RM Michel, Hammer, Houben und Kron signalisieren Zustimmung, präferieren jedoch eine Gesamtbetrachtung der Thematik und schlagen vor, den Antrag dementsprechend allgemeiner zu formulieren und nicht nur auf Chorweiler zu begrenzen.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für weitere Mobilitätsstationen an allen wichtigen multimodalen Verkehrsknotenpunkten voranzutreiben. Hierbei soll der S-Bahnhof Chorweiler im Rahmen des Projektes „Nationale Projekte des Städtebaus“ vorrangig geprüft werden.

Hierbei werden die folgenden Verkehrsträger miteinander verknüpft und ein einfaches Umsteigen ermöglicht.

- Fußverkehr
- Fahrrad (privat und Leihrad)

- E-Bikes (privat und Leihrad)
- Carsharing (Elektrofahrzeuge)
- Taxi
- Stadtbuss
- Stadtbahn
- S-Bahn

Die Mobilitätsstation soll sich an den Stationen orientieren, die im Rahmen der „Smart City Cologne“ in der Stegerwaldsiedlung geschaffen werden.

Die zu schaffende Elektroladeinfrastruktur soll Ladesäulen für Carsharing, Elektroräder und private Fahrzeuge vorhalten.

Für Fahrräder sind sichere Abstellmöglichkeiten zu schaffen (z.B. Fahrradboxen oder ein Fahrradparkhaus).

Es ist darauf zu achten, dass auch Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, die zum Lastentransport geeignet sind (z.B. Lastenrad, Kastenwagen).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Sperrung Gleueler Straße am Wochenende hier: Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 11.03.2013; TOP 5.2 0838/2016

- Die Beschlussfassung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung bis zur Sitzung am 05.09.2017 zurückgestellt.

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Ergänzender Baubeschluss Großbau- mverpflanzungen 1019/2017

Auf Kritik und Nachfrage des RM Roß-Belkner weist Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, darauf hin, dass die Zuständigkeiten in dieser Angelegenheit – Verkehrsausschuss für die Mittelfreigabe und die BV Rodenkirchen für die Festlegung der Standorte - juristisch überprüft worden seien. Die in Anlage 12 dargestellten Standorte seien Vorschläge aller Beteiligten und würden noch sukzessive überprüft.

Vorsitzender Wolter bedankt sich bei der Verwaltung für die Bemühungen und das gute Ergebnis und stellt den neuen Beschlussvorschlag gem. Anlage 11 zur Abstimmung.

Beschluss (gem. Anlage 11):

Der Verkehrsausschuss beschließt, für Pflanzungen als Ersatz für die aufgrund der Maßnahme geplanten Fällungen im Teilergebnisplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV – in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im

Haushaltsplan 2017 Mittel in Höhe von 194.000 € zur Verfügung zu stellen. Über den Ort und die Art der Pflanzungen entscheidet die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Ergänzende Maßnahmen zum "Interkommunalen Programm zwischen Köln und Bergisch Gladbach (33-Punkte-Programm)" zur Senkung des Verkehrsaufkommens für den Stadtbezirk Mülheim 1017/2017

RM Michel ist überrascht über den Beschluss der BV Mülheim; er habe mit weiteren und innovativeren Beschlüssen von dort gerechnet. Dies zeige aber auch, dass die Verwaltung gute Arbeit geleistet habe.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt RM Hammer vor, den hier am 02.05.2017 getroffenen Beschluss zu bekräftigen, ergänzt durch den Beschluss der BV Mülheim.

RM Weisenstein möchte diesem Vorschlag zwar nicht widersprechen; dennoch halte er die geplanten Maßnahmen für nicht ausreichend genug.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, folgende Maßnahmen zur Senkung des Verkehrsaufkommens umzusetzen bzw. zu initiieren und weiter zu verfolgen:

Ergänzend zum Interkommunalen Programm

- Entwicklung eines flächendeckenden Parkraumkonzeptes für Mülheim; ***hierzu ist der Bezirksvertretung Mülheim ein gesonderter Beschlussvorschlag vorzulegen***
- Modifizierung der Linie 150. Ziel ist die Einrichtung einer Verbindungslinie Mülheimer Bahnhof – Schanzenviertel – Mülheim Süd - Deutzer Bahnhof. Die bisherige Ringlinie 190 soll in dieser Linie aufgehen.
- Es ist zu prüfen, ob es möglich und sinnvoll ist, Parkplätze in Leverkusen mit Shuttlebussystem zu erschließen, damit die S 6 intensiver genutzt wird.
- Prüfung von kurz- bis mittelfristigen Verbesserungen im Stadtbahnbereich für den Stadtbezirk Mülheim.
- ***Zeitnahe Durchführung einer umfassenden Bürgerinformation im Stadtbezirk Mülheim.***
- ***Als zusätzliche Maßnahmen sollen die Verwaltung und die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) zudem zeitnah den Einsatz von E-Bussen im Stadtbezirk Mülheim prüfen und ihre Umsetzung vorbereiten.***
- ***Um den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit an den genannten neuralgischen Punkten des Stadtbezirks zu verbessern, bittet der Ausschuss die***

Verwaltung zudem um entsprechende Schwerpunkteinsätze des Verkehrsdienstes ggfs. in Zusammenarbeit mit der Polizei.

- **Ein Bericht über den Stand der Umsetzung soll den zuständigen Gremien im vierten Quartal 2017 vorgelegt werden.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.3**
- 1. Bedarfsfeststellung über die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik**
 - 2. Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte 0943/2017**

Auf Frage des RM Kron nach alternativen Antriebsformen der Fahrzeuge erinnert Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, an hier bereits geführte Diskussionen und der Zusage der Verwaltung, dass dies immer vor der Anschaffung geprüft werde.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf zur Beschaffung der Fahrzeuge und Anhänger für das Amt für Straßen und Verkehrstechnik in Höhe von 193.560,64 € an.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 in Höhe von insgesamt 193.560,64 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege und Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-0-0101, Kraftfahrzeuge und Geräte, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für das bewegliche Anlagevermögen, im Haushaltsjahr 2017.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.4**
- Anbindung weiterer Stadtteile an den ÖPNV-Nachtverkehr am Wochenende**
1183/2017

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 27.06.2017
AN/0981/2017

Frau Mauksch, Vertreterin des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, und SE Dr. Klusemann informieren aus der gestrigen Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen und der dort gefassten Beschlüsse.

Anschließend begründet RM Kron den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion und wirbt um Unterstützung.

Diese wird von den RM Michel, Hammer und Houben auch zugesagt.

Abschließend teilt Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, auf Nachfrage des RM Houben mit, dass die bereits vorhandenen Standardbusse für die Nachtverkehre eingesetzt werden und erläutert kurz die Systematik des Konzeptes.

1. Beschluss (Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion):

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt (Ergänzungen fett gedruckt):

- 2. Dem Verkehrsausschuss ist nach einem Jahr ein Bericht über die Nachfrage der neuen Angebote sowie weitere erkennbare Bedarfe vorzulegen und auf dieser Grundlage Vorschläge zur weitergehenden Feinerschließung der Veedel zu unterbreiten.**
- 3. Darüber hinaus beauftragt der Ausschuss die Verwaltung und die KVB AG mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Ausweitung des Nachtverkehrs in der Woche bzw. an Werktagen, um den Mobilitätsbedürfnissen der Kölnerinnen und Kölner im gesamten Stadtgebiet vor dem Hintergrund gewandelter Arbeitszeiten sowie Nacht- und Schichtarbeit Rechnung zu tragen.
Das entsprechende Konzept ist dem Ausschuss bis zum Ende des Jahres 2017 vorzulegen.
In diesem Rahmen sind auch die ergänzenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen zu prüfen und ggfs. umzusetzen.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2. Beschluss (Gesamtabstimmung über die so geänderte Vorlage):

- 1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der KVB AG die Ausweitung des Nachtverkehrs an Wochenenden gemäß dem Konzept der Verwaltung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 umzusetzen.
Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus der Ausweitung des Nachtverkehrs ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005 / 24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.**
- 2. Dem Verkehrsausschuss ist nach einem Jahr ein Bericht über die Nachfrage der neuen Angebote sowie weitere erkennbare Bedarfe vorzulegen und auf dieser Grundlage Vorschläge zur weitergehenden Feinerschließung der Veedel zu unterbreiten.**
- 3. Darüber hinaus beauftragt der Ausschuss die Verwaltung und die KVB AG mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Ausweitung des Nachtverkehrs in der Woche bzw. an Werktagen, um den Mobilitätsbedürfnissen der Kölnerinnen und Kölner im gesamten Stadtgebiet vor dem Hintergrund gewandelter Arbeitszeiten sowie Nacht- und Schichtarbeit Rechnung zu tragen.**

Das entsprechende Konzept ist dem Ausschuss bis zum Ende des Jahres 2017 vorzulegen. In diesem Rahmen sind auch die ergänzenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen zu prüfen und ggfs. umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Teilergebnisplan 1302 - Wasser und Wasserbau; Instandsetzung der Steinschüttungen im Bereich der Oberländer Werft und Stammheimer Ufer
1520/2017**

RM Hammer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Bereiche der Steinschüttungen oftmals mit sehr viel Unrat und Müll verschmutzt seien, was insbesondere bei Niedrigwasser sichtbar werde und bittet um Mitteilung, wer für die Beseitigung zuständig sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, und BG Blome teilen mit, dass die Zuständigkeiten hier sehr vielfältig und kompliziert seien, wobei BG Blome darauf hinweist, dass hier sicherlich auch – kostenpflichtige – Sonderreinigungen durch die AWB möglich wären.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Instandsetzung der Steinschüttungen im Bereich der Oberländer Werft und des Stammheimer Ufers zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 406.920,50 EURO. Die voraussichtlich benötigten Mittel sind im städtischen Doppelhaushalt 2016/2017, im Teilergebnisplan 1302 - Wasser und Wasserbau - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2017 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Verwendung der Stellplatzablösemittel
Errichtung eines Längsparkstreifens in der Grünfläche an der Olpener Straße vor der Einmündung Hohensyburgstraße in Köln-Merheim
1554/2017**

RM Hammer wirft die Frage auf, ob in diesem Zusammenhang auch der Geh- und Radweg mit instandgesetzt werden könne; dieser befinde sich in einem desolaten Zustand.

RM Weisenstein hingegen lehnt seitens der Fraktion Die Linke die Verwaltungsvorlage ab; die aktuelle Verkehrspolitik erfordere andere Maßnahmen als die vorgeschlagene.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass die Vorlage auf einen Beschluss der BV Kalk zurückgehe und der hiesige Ausschuss „lediglich“ für die Finanzierung aus Stellplatzablösemitteln entscheidungsbefugt sei. Die Anregung von RM Hammer werde die Verwaltung dennoch aufgreifen; die Finanzierung müsse jedoch aus einem anderen Programm erfolgen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass für die Errichtung eines Längsparkstreifens in der Grünfläche Olpener Straße vor der Einmündung Hohensyburgstraße in Köln-Merheim ein Betrag in Höhe von 27.370,00 € aus Stellplatzablösemitteln zur Verfügung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.Köln

**4.7 S-Bahn Köln-Pulheim-Mönchengladbach
1748/2017**

RM Michel merkt an, dass eine Präsentation der Machbarkeitsstudie auch im hiesigen Ausschuss – und nicht nur im NVR – wünschenswert gewesen wäre.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln begrüßt die Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie für eine S-Bahn Köln – Pulheim – Mönchengladbach und die damit möglichen erheblichen quantitativen, qualitativen, umweltschonenden und nachhaltigen Angebotsverbesserungen in der Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen. Die Verwaltung wird aufgefordert, auf eine rasche Aufnahme der weiteren Planungen beim zuständigen Aufgabenträger Nahverkehr Rheinland hinzuwirken. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, bei der weiteren Verkehrsplanung auf eine bestmögliche Verknüpfung von ÖPNV und IV (P+R, B+R) an den künftigen S-Bahn-Stationen zu achten und diese Effekte bei der städtebaulichen Planung mit zu beachten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.8 Verkehrsführungskonzept Altstadt
2835/2016/1**

BG Blome weist eingangs darauf hin, dass sich ein Fehler in der Vorlage eingeschlichen habe; sie bitte auf S. 4 unter Variante 3 den Satz „Einrichtung einer Einbahnstraßenführung Unter Goldschmied zwischen Große Budengasse und Obenmarspforten in Richtung Süden“ ersatzlos zu streichen – im System/online sei die Korrektur bereits erfolgt.

Für die SPD-Fraktion bittet RM Kron um eine kurze Darstellung, welche Änderungen/Neuerungen sich gegenüber der ursprünglichen Vorlage ergeben haben. Die weitgehende Auseinandersetzung mit dem Konzept erfolge dann sicherlich nach den Beratungen in der Bezirksvertretung und im Stadtentwicklungsausschuss.

RM Michel bedankt sich seitens der CDU-Fraktion für die schnelle Auf-/Überarbeitung des Konzeptes. Seine Fraktion könne sich Variante 3 anschließen; diese beinhalte viele Punkte, die sehr wichtig seien und bringe in einem hoch sensiblen Kulturraum Qualität in die Altstadt.

Auch RM Hammer begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bemühungen der Verwaltung, die Verkehre in der Altstadt besser und neu zu ordnen. Positiv hervorheben möchte er, dass es nun gelingen werde, eine Nord-Süd- bzw. Süd-Nord-Verbindung für Radfahrer herzustellen und die Fußgängerzonen deutlich auszuweiten. Die Durchgangsverkehre hingegen werden auf ein notwendiges Minimum reduziert. In diesem Zusammenhang möchte er die Verwaltung bitten, auch über ein innovatives

Konzept für Lieferverkehre nachzudenken. In Hamburg beispielsweise teste UPS derzeit den Einsatz von Lastenfahrrädern.

Für die FDP-Fraktion erklärt RM Houben Zustimmung zur Verwaltungsvorlage; ihr sei die Nord-Süd-Querung des Gebietes für den motorisierten Individualverkehr sehr wichtig gewesen. Ergänzend möchte er jedoch darauf hinweisen, dass in diesem Gebiet sicherlich noch einige städtebauliche Herausforderungen warten – beispielsweise die Hinterseite des Hauses Neuerburg sowie die Neubebauung des WDR-Areals. Die Gestaltung des Straßenraums müsse mit diesen Grundstücken in eine gewisse Harmonie gebracht werden.

Ausschussvorsitzender Wolter greift die „Kritik“ von RM Hammer an den Lieferverkehren auf und macht deutlich, dass die Brauhäuser aus seiner Sicht durchaus auch in den Morgenstunden und nicht nachmittags beliefert werden könnten.

Seniorenvertreter Meurers erinnert nachdrücklich an die Belange der Senioren. Viele ältere Menschen seien nicht mehr gut zu Fuß und somit sollte diesen auch die Möglichkeit gegeben werden, beispielsweise mit einem Taxi zu einem innerstädtischen Brauhaus zu fahren.

Abschließend merkt BG Blome an, dass sie der Bitte nach einer Gegenüberstellung der alten und neuen Beschlussvorlage nicht unbedingt nachkommen möchte. Das seiner Zeit vorgestellte Konzept sei komplett überarbeitet und gestrafft worden. Die Verwaltung beabsichtige, nun die Voten der Bezirksvertretung Innenstadt und des Stadtentwicklungsausschusses einzuholen und nach der Sommerpause die Bürgeranhörung durchzuführen. Erst im Anschluss erfolge der 2. Durchgang im hiesigen Ausschuss, bei dem die Verwaltung alle Ergebnisse präsentieren werde.

Der Ausschuss ist diesen Verfahren einverstanden; Vorsitzender Wolter stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung daher zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Variantenuntersuchung des Verkehrsführungskonzeptes Altstadt zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, bei den weiteren planerischen Überlegungen die Variante 3 zu Grunde zu legen. Nach der Sommerpause soll eine öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.9 Taktverdichtung der Linie 16 bis Wesseling 1744/2017

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der KVB AG den Takt der Stadtbahnlinie 16 gemäß dem vorgeschlagenen Konzept der Verwaltung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 zu verdichten.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus diesem Konzept ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.10 Optimiertes Buskonzept für Mülheim Süd, Kalk und Vingst 1746/2017

Seitens der SPD-Fraktion schlägt RM Kron vor, den Beschluss der BV Kalk zu übernehmen.

RM Michel könnte sich für die CDU-Fraktion diesem Vorschlag zwar anschließen, bittet aber zunächst um eine Einschätzung durch die KVB AG.

Auch RM Weisenstein teilt seine Zustimmung mit, weist aber darauf hin, dass die Regionalbuslinien 250 und 260 für die Kölner Bürger eine größere Wirkung entfalten könnten, wenn die Takte verdichtet werden würden. Die RVK sei ein sehr innovatives Unternehmen und er rege nachdrücklich an, mit dieser entsprechende Gespräche zu führen um Mülheim-Süd relativ kurzfristig besser anzubinden, beispielsweise auch mit dem Breslauer Platz.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, erläutert anhand eines digitalen Planes (*vgl. hierzu Anlage 1 zur Niederschrift*) die Beschlusslage aus der BV Kalk und die Gründe, die dagegen sprechen. Er bittet um Unterstützung zum Verwaltungsvorschlag, sagt jedoch zu, den im Plan grün dargestellten Linienweg mit einem alternativen Richtung Süden verlaufenden Linienweg noch zu überprüfen.

Die Fragen von Herrn Weisenstein aufgreifend informiert er zudem, dass die Linie 250 zwischenzeitlich kommerziell von der Fa. Wiedenhoff und nicht mehr von der RVK betrieben werde. Hinsichtlich einer Taktverdichtung der Linie 260 könne sicherlich das Gespräch mit der RVK gesucht werden.

Ergänzend fügt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, hinzu, dass Ansprechpartner für die Stadt Köln jedoch nicht die RVK sondern vielmehr der Rheinisch-Bergische Kreis als Auftraggeber sei; die Verwaltung sei hier auch bereits aktiv.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Wolter den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der KVB AG die ÖPNV-Bedienung von Mülheim Süd sowie Vingst gemäß dem Konzept der Verwaltung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 zu optimieren.

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus diesem optimierten Buskonzept ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Vertrauensregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Inbetriebnahme des neuen Angebots.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Hochwasserschutzzonenvorordnung Poll bis Rheinpark Deutz 2303/2016

RM Hammer schlägt vor, sich der Beschlussfassung der BV Innenstadt anzuschließen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen (entsprechend der Beschlussfassung der BV Innenstadt):

Der Rat der Stadt Köln beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der mobilen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Köln, Ortslage Poll bis Rheinpark Deutz **mit folgender Maßgabe: Der Schutzzonenbereich gemäß Anlage 2.13 wird überprüft und wenn möglich so reduziert, dass der Verkehrsfluss auf der Siegburger Straße gewährleistet ist.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.2 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln
0958/2017**

Seitens der SPD-Fraktion signalisiert RM Kron Zustimmung zur Verwaltungsvorlage, bittet die Verwaltung jedoch, auch die Prüfaufträge/Anregungen der Bezirksvertretungen mitzunehmen, zu prüfen und zu bewerten.

RM Michel schließt sich für die CDU-Fraktion seinem Vorredner an und bittet – auch angesichts der Zusatzbeschlüsse einiger Bezirksvertretungen - um eine erste Einschätzung der Verwaltung bzw. der KVB AG hinsichtlich der weiteren Bearbeitung.

RM Hammer bedankt sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst bei der Verwaltung für die gute Aufbereitung und regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ergänzen:

„ Für eine zeitnahe Bearbeitung der Maßnahmen, besonders die Aktualisierung der Busteilnetze und der Stärken-Schwäche-Analyse von Straßenbahn und Bussen sind personelle Ressourcen bereit zu stellen; der Bedarf hierfür ist dem Ausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mitzuteilen.“

Für die Fraktion Die Linke.Köln äußert RM Weisenstein uneingeschränkte Unterstützung zu diesem Ergänzungsantrag.

Vorsitzender Wolter greift das auch in der Presse thematisierte Problem „fehlende Klimatisierung in den Straßenbahnen“ auf und merkt an, dass sich sowohl der Aufsichtsrat der KVB AG als auch der hiesige Ausschuss dringend mit diesem Thema befassen müsse.

Frau Mauksch, Vertreterin des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass der größte Teil der Anregungen aus den Bezirksvertretungen nicht die Grundsätze und Standards des Nahverkehrsplanes betreffen sondern vielmehr die weitere Netzentwicklung. Die Nahverkehrsplanung sei ein fortlaufendes Geschäft; es werde immer wieder Fahrplanwechsel, Anpassungen und dementsprechend konzeptionelle Vorschläge der Verwaltung geben. Nach der Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan werde dem hiesigen Ausschuss – auch vor dem Hintergrund der personellen Ressourcen - ein sogenanntes Arbeitsprogramm vorgestellt; insofern begrüße sie den Ergänzungsantrag nachdrücklich.

Problematisch wäre eine erweiterte Beschlussfassung, die eine Änderung der Strukturen, der Standards verursachen würde, wie beispielsweise der Wunsch der BV Kalk

nach einem geänderten Taktraster. Einzelveränderungen im Netz hingegen seien unkritisch.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Vorsitzender zunächst den mündlichen Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und anschließend die so geänderte Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Für eine zeitnahe Bearbeitung der Maßnahmen, besonders die Aktualisierung der Busteilnetze und der Stärken-Schwäche-Analyse von Straßenbahn und Bussen sind personelle Ressourcen bereit zu stellen; der Bedarf hierfür ist dem Ausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**2. Beschluss (Gesamtabstimmung über die so geänderte Verwaltungsvorlage):
*Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt den 3. Nahverkehrsplan der Stadt Köln in der überarbeiteten Fassung (Anlage 1). Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens werden dabei Bestandteil des Nahverkehrsplanes der Stadt Köln (Anlage 2).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Nahverkehrsplan enthaltenen Maßnahmen weiterzuverfolgen und zur Beratung vorzubereiten, mit dem Ziel, sie sukzessive den zuständigen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen vorzulegen.

3. Für eine zeitnahe Bearbeitung der Maßnahmen, besonders die Aktualisierung der Busteilnetze und der Stärken-Schwäche-Analyse von Straßenbahn und Bussen sind personelle Ressourcen bereit zu stellen; der Bedarf hierfür ist dem Ausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.3 Planfeststellungsverfahren für die Aufhebung des Bahnübergangs Luxemburger Straße / Militärringstraße
0879/2017**

RM Hammer bedankt sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachdrücklich für die abgegebene Stellungnahme, insbesondere die Hinweise auf die freilaufenden Rechtsabbieger und auf die Einbeziehung des interkommunalen Radverkehrs seien sehr begrüßenswert.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Planfeststellungsverfahren für die Aufhebung des Bahnübergangs Luxemburger Straße/Militärringstraße die als Anlage 8 beigefügte Stellungnahme mit der als Anlage 9 beigefügten Ergänzung abzugeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 Entwicklungskonzept Chorweiler
für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord
1070/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept Chorweiler in Anlage 1 für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord mit seinen Planungs- und Handlungsempfehlungen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des beschlossenen Entwicklungskonzeptes Chorweiler mit der Erstellung eines 'Integriertes Handlungskonzeptes' (IHK Phase 2) zwecks Fortschreibung des bisherigen vom Rat am 20.12.2016 beschlossenen sozialraumspezifischen Einzel-IHK für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord (Phase 1) im Rahmen des Leitkonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“.
3. Das fortgeschriebene IHK (Phase 2) mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Sozialraums und als Grundlage zur Einwerbung von weiteren staatlichen Fördermitteln für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler, Seeberg-Nord ist dem Rat mit den Ergebnissen einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die im Entwicklungskonzept Chorweiler aufgezeigten Potenzialflächen innerhalb des Sozialraumgebietes sind nach Maßgabe des beschlossenen Entwicklungskonzeptes weiter zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Planungsbeschluss für die Neugestaltung der Gürzenichstraße im Rahmen der Fördermaßnahme "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung" gefördert durch das Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus"
1105/2017**

RM Hammer regt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, auf die Anlage von Borden – soweit möglich - zu verzichten, um die Verkehrsräume auch im Hinblick auf das „Verkehrsführungskonzept Altstadt“ flexibler aufteilen zu können. Zudem sollten bei den Anschlüssen die Mindestgehwegbreiten zwingend eingehalten werden. Er bittet abschließend darum, im weiteren Verfahren die Behindertenverbände anzuhören bzw. in die Planungen mit einzubeziehen.

BG Blome greift die Anregung nach dem Verzicht auf Borde auf und erklärt anhand der Anlage 2, dass die dort dargestellten 3-cm-Versprünge für Sehbehinderte beispielsweise absolut erforderlich seien. Auf die üblichen Bordsteine hingegen werde verzichtet, so dass es in der Anmutung einem ebenerdigen Ausbau gleich komme.

Ergänzend führt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, aus, dass diese Kante von 3 cm in der Severinstraße – in der auch Autoverkehr fließe – nicht vorhanden sei und dies zu großem Unmut bei den Behindertenverbänden geführt habe.

Auf Einwand des Seniorenvertreters Meurers, dass auch eine Kante von lediglich 3 cm ein Hindernis für Mobilitätseingeschränkte darstellen könnte, sagt Frau Blome zu, dies bei der Ausbauplanung zu berücksichtigen; ggf. könne alle 4 m eine komplette Absenkung erfolgen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt das Ergebnis des Auswahlverfahrens für die Erstellung des "Gestaltungsplans Gesamttraum Via Culturalis mit Neugestaltung der Gürzenichstraße" sowie die erfolgte Vorplanung zur Neugestaltung der Gürzenichstraße zur Kenntnis;
2. beauftragt die Verwaltung, die Entwurfsplanung auf Basis der Vorentwurfsplanung von RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten gemäß den Anlagen 1 und 2 weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.6 Planungsbeschluss für die Neugestaltung des Tunnels Johannisstraße im Rahmen der Fördermaßnahme "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung" gefördert durch das Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus" 1144/2017

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt das Ergebnis des Auswahlverfahrens zur Neugestaltung des Tunnels Johannisstraße sowie die erfolgte Vorplanung zur Kenntnis;
2. beauftragt die Verwaltung die Entwurfsplanung gemäß Anlage 03 auf Basis der Vorentwurfsplanung von Ute Piroeth Architektur weiter zu verfolgen;
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Verkehrsausschuss und die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 260. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1217/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 260. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.8 Planfeststellungsverfahren für den vierstreifigen Ausbau der L 183 (Bonnstraße) zwischen K 6 (Krankenhausstraße) und L 361 (Aachener Straße) mit Vollausbau der Anschlussstelle Frechen-Nord und Verflechtungstreifen der Autobahn A 4
1225/2017**

RM Hammer regt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, eine erneute Prüfung bzw. Entschärfung der frei laufenden Rechtsabbieger in die Stellungnahme mit aufzunehmen. Zudem weist er anhand der Anlage 1 darauf hin, dass an der L 183 in Höhe von Gut Clarenhof die Möglichkeit eines späteren Radschnellweges gegeben sei und dieser Kreuzungsbereich insofern nicht verbaut werden dürfe.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der L 183 (Bonnstraße) und den Vollausbau der Anschlussstelle Frechen-Nord sowie den Verflechtungstreifen der Autobahn A 4 die in der Anlage 9 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.9 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Friederike-Nadig-Weg/Marion-Dönhoff-Weg von Astrid-Lindgren-Allee bis Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück
1465/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Friederike-Nadig-Weg/Marion-Dönhoff-Weg von Astrid-Lindgren-Allee bis Astrid-Lindgren-Allee in Köln-Brück in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.10 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Sinziger Straße von Bonner Straße bis Grenze des Bebauungsplans 67409/04 in Köln-Marienburg
1474/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Sinziger Straße von Bonner Straße bis Grenze des Bebauungsplans 67409/04 in Köln-Marienburg in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.11 Generalinstandsetzung des Kiefernweges in Porz-Grengel
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in
Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teil-
plan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-
6605, Generalinstandsetzung von Straßen
1432/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Generalinstandsetzung des Kiefernwegs“ über insgesamt 208.820 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 684.900 € statt bisher 476.080 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.12 Errichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf dem Schiefersburger Weg - Nippes (Bilderstöckchen)
1816/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beschließt:

1. Der Bedarf in Höhe von 166.600 EUR (brutto) für eine Geschwindigkeitsüber-

wachungsanlage in Lasertechnik wird anerkannt.

2. Die investive Auszahlung erfolgt im Haushaltsjahr 2017 aus Teilfinanzplan 0205 - Verkehrsüberwachung - Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 3200-0205-5-2300 – Schiefersburger Weg in Höhe von 166.600 EUR.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.13 Planungsbeschluss Tiefgarage Ebertplatz 3010/2015

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2017 AN/0990/2017

RM Kron bedankt sich seitens der SPD-Fraktion für die vorliegende Beschlussvorlage; auch seine Fraktion halte die Kosten für eine Tiefgarage für nicht vertretbar. Nunmehr müsse zügig und dringend eine Gestaltungsplanung für den Ebertplatz erarbeitet werden. Ein Ratsbeschluss am 11.07.2017 sei daher wünschenswert.

Die RM Michel und Hammer weisen auf ihren Änderungsantrag, der als Tischvorlage verteilt wurde, hin und werben um Zustimmung.

Seitens der Fraktion Die Linke.Köln macht RM Weisenstein Ausführungen zur Genese dieses Projektes und kritisiert die in seinen Augen völlig unnötige Zeitverzögerung. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie dürfte für keinen der Anwesenden eine Überraschung gewesen sein.

Zur Vorlage selbst merkt er an, dass er Ziffer 3 des Beschlussvorschlages für entbehrlich halte; die Gestaltungsplanung des Ebertplatzes müsse nunmehr im Vordergrund stehen. Auch an der dortigen Formulierung „Parken in Kombination mit Wohnen“ störe er sich; hier würden falsche Prioritäten gesetzt. Er bittet daher um Einzelabstimmung sowohl des Änderungsantrages als auch der Verwaltungsvorlage.

RM Houben macht seitens der FDP-Fraktion darauf aufmerksam, dass es hier im Grunde genommen nicht um eine Tiefgarage gehe sondern vielmehr um das alte Versprechen der Politik, Quartiersgaragen zu bauen. Mit diesem Argument würden auch eingenommene Stellplatzablösemittel nicht dem allgemeinen Haushalt zugeführt sondern quasi als Sondervermögen verwaltet. Insofern sei die Aussage des Gutachters, dass es sich hier um eine neu zu finanzierende Maßnahme handele, strukturell unehrlich. Geld für Quartiersgaragen sei de facto vorhanden. Der Parkdruck dort sei immens; von daher überrasche ihn nun der Änderungsantrag der CDU und der Grünen, die diesen Parkdruck offensichtlich auch sehen gleichwohl sich aber der Verwaltungsmeinung anschließen.

Seine Fraktion lehne daher sowohl den Änderungsantrag auch die Verwaltungsvorlage ab.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Vorsitzender Wolter zunächst den Änderungsantrag – einzeln nach Punkten – und anschließend die Vorlage – ebenfalls einzeln nach Punkten – zur Abstimmung.

1. Beschluss (Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung soll wie folgt ergänzt werden:

In Ergänzung von **Ziffer 3** wird die Verwaltung mit folgenden zusätzlichen Maßnahmen beauftragt:

- a. Die vorhandenen freien Stellplatz-Kapazitäten in den Parkhäusern und Garageeinrichtungen der nördlichen Innenstadt sollen durch die Etablierung eines Parkleitsystems aktiviert werden. Dazu sind entsprechende konzeptionelle Vereinbarungen z. B. mit den Betreibern der Mediapark-Garage, der Saturn-Garage, der Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring, der Garage Am Klapperhof, der Garage am Hauptbahnhof und des Parkhauses am RheinTriadem zu treffen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

- b. Für das unbebaute städtische Grundstück Am Salzmagazin soll eine Konzeptausschreibung für Parken in Kombination mit einer gewerblich genutzten Immobilie durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.Köln und die FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion

- c. Es soll geprüft werden, auf welche Art und Weise das vorhandene Potenzial von mindestens 120 Stellplätzen in den von der Deutschen Bahn AG verpachteten Bahnbögen, insbesondere im Bereich Eintrachtstraße bis Gereonswall, als kostenpflichtige Stellplätze für die Allgemeinheit bereitgestellt werden könnten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.Köln und die FDP-Fraktion

2. Beschluss (Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung soll wie folgt ergänzt werden:

In Ergänzung von **Ziffer 3** wird die Verwaltung mit folgenden zusätzlichen Maßnahmen beauftragt:

- a. Die vorhandenen freien Stellplatz-Kapazitäten in den Parkhäusern und Garageeinrichtungen der nördlichen Innenstadt sollen durch die Etablierung eines Parkleitsystems aktiviert werden. Dazu sind entsprechende konzeptionelle Vereinbarungen z. B. mit den Betreibern der Mediapark-Garage, der Saturn-Garage, der Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring, der Garage Am Klapperhof, der Garage am Hauptbahnhof und des Parkhauses am RheinTriadem zu treffen.
- b. Für das unbebaute städtische Grundstück Am Salzmagazin soll eine Konzeptausschreibung für Parken in Kombination mit einer gewerblich genutzten Immobilie durchgeführt werden.
- c. Es soll geprüft werden, auf welche Art und Weise das vorhandene Potenzial von mindestens 120 Stellplätzen in den von der Deutschen Bahn AG verpachteten Bahnbögen, insbesondere im Bereich Eintrachtstraße bis Gereonswall, als kostenpflichtige Stellplätze für die Allgemeinheit bereitgestellt werden könnten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.Köln

3. Beschluss (Verwaltungsvorlage):

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Planung und dem Bau einer Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes **nicht** fest und stimmt zu, die Planung für die Tiefgarage **nicht** weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

2. Die Verwaltung wird beauftragt, nunmehr die Gestaltungsplanung (unter Berücksichtigung der Leitlinien für die Ringstraßen) für den Ebertplatz wieder aufzunehmen, eine geeignete Abgrenzung zur Umgebung zu schaffen und für die Beteiligung der Stadtgesellschaft einen geeigneten Verfahrensvorschlag zu erarbeiten sowie im dritten Quartal 2017 den zuständigen Ausschüssen und der Bezirksvertretung eine Zeit- und Kostenplanung des Verfahrens vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

3. Die Verwaltung wird beauftragt unabhängig zur Planung Ebertplatz eine Konzeptausschreibung für Parken in Kombination mit Wohnen auf der städtischen Fläche an der Turiner Straße/ Dagobertstraße zu veranlassen und die Voraussetzungen für eine Umsetzung zu schaffen.
Darüber hinaus sollen in einem erweiterten Suchraum Optionen zur Realisierung von Anwohnerparkflächen geprüft werden, z.B. nächtliche Nutzung von Einzelhandelsparkplätzen, Nutzung der Bahnbögen etc.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.Köln und die FDP-Fraktion

4. Beschluss (Gesamtabstimmung über die so geänderte Verwaltungsvorlage): *Der Verkehrsausschuss verzichtet auf einen 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Innenstadt und der Stadtentwicklungsausschuss der Vorlage uneingeschränkt zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:*

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Planung und dem Bau einer Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes **nicht** fest und stimmt zu, die Planung für die Tiefgarage **nicht** weiterzuverfolgen.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, nunmehr die Gestaltungsplanung (unter Berücksichtigung der Leitlinien für die Ringstraßen) für den Ebertplatz wieder aufzunehmen, eine geeignete Abgrenzung zur Umgebung zu schaffen und für die Beteiligung der Stadtgesellschaft einen geeigneten Verfahrensvorschlag zu erarbeiten sowie im dritten Quartal 2017 den zuständigen Ausschüssen und der Bezirksvertretung eine Zeit- und Kostenplanung des Verfahrens vorzulegen.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt unabhängig zur Planung Ebertplatz eine Konzeptausschreibung für Parken in Kombination mit Wohnen auf der städtischen Fläche an der Turiner Straße/ Dagobertstraße zu veranlassen und die Voraussetzungen für eine Umsetzung zu schaffen. Darüber hinaus sollen in einem erweiterten Suchraum Optionen zur Realisierung von Anwohnerparkflächen geprüft werden, z.B. nächtliche Nutzung von Einzelhandelsparkplätzen, Nutzung der Bahnbögen etc.
- a) Die vorhandenen freien Stellplatz-Kapazitäten in den Parkhäusern und Garageeinrichtungen der nördlichen Innenstadt sollen durch die Etablierung eines

Parkleitsystems aktiviert werden. Dazu sind entsprechende konzeptionelle Vereinbarungen z. B. mit den Betreibern der Mediapark-Garage, der Saturn-Garage, der Tiefgarage Kaiser-Wilhelm-Ring, der Garage Am Klapperhof, der Garage am Hauptbahnhof und des Parkhauses am RheinTriadem zu treffen.

- b) Für das unbebaute städtische Grundstück Am Salzmagazin soll eine Konzeptausschreibung für Parken in Kombination mit einer gewerblich genutzten Immobilie durchgeführt werden.
- c) Es soll geprüft werden, auf welche Art und Weise das vorhandene Potenzial von mindestens 120 Stellplätzen in den von der Deutschen Bahn AG verpachteten Bahnbögen, insbesondere im Bereich Eintrachtstraße bis Gereonswall, als kostenpflichtige Stellplätze für die Allgemeinheit bereitgestellt werden könnten.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**5.14 Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße, hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6602-1201-3-1001, Lindenthalgürtel/Dürener Str., Linksabbieger
1574/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Knotenpunktes Lindenthalgürtel/Dürener Straße über insgesamt 788.147,23 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 1.721.100 € statt bisher 932.952,77 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.15 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK): Änderung des Gesellschaftsvertrages
1584/2017**

Nach kurzer Diskussion besteht Einvernehmen, die Beratung hierzu im nichtöffentlichen Teil zu führen (vgl. hierzu TOP 13.1).

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Stadtbahnanbindung Köln-Widdersdorf
hier: Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 21.03.2017, TOP 1.3
1384/2017**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Förderung der Elektromobilität in Köln - Umsetzungskonzept 1275/2017
1558/2017**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Ampelanlage am Verteilerkreis Süd
hier: Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.05.2017, TOP 1.5
1793/2017**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Geschwindigkeitsüberschreitungen der KVB in Tempo 30 Zonen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Fraktion DIE
LINKE und der Piraten-Gruppe in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 02.05.2017, TOP 1.3
1852/2017**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Öffentlichkeitsbeteiligung und Durchführung der Lärmaktionsplanung
des Eisenbahnbundesamtes
1304/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Tätigkeitsbericht 2016 des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik
1352/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum Mesche-
nich und Rondorf
1420/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.4 Integriertes Handlungskonzept "Starke Veedel - Starkes Köln"
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Sozialraum "Buchheim
und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße"
1534/2017**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.5 Mitnahmeverbot für E-Scooter bei der KVB AG 1745/2017

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Kron bittet um einen kurzen Sachstandsbericht durch die KVB AG; der Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sei in Gänze nachvollziehbar und berechtigt, aber sicherlich in der Praxis nicht sofort umsetzbar.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Sachstand und gibt einen Ausblick auf die künftige Vorgehensweise (vgl. *hierzu Anlage 2 der Niederschrift*).

Aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren in der vergangenen Woche könne er zudem berichten, dass BG Dr. Rau eine Prüfung zugesagt habe, in wie weit die Stadt Köln als Eigentümerin der KVB darauf einwirken könne, das Mitnahmeverbot aufzuheben.

RM Heuser bedankt sich für die vorgetragenen Informationen und äußert ihre Hoffnung, dass die Verwaltung schnellstmöglich Prüfergebnisse vorlegen werde.

7.6 Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des RheinEnergie-Stadions 1838/2017

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Kron erinnert in diesem Zusammenhang an die noch nicht beantwortete Anfrage der SPD-Fraktion. Die Ziffern 1-4 dieser Anfrage beziehen sich in der Tat auf die Machbarkeitsstudie, die sinnvoller Weise abgewartet werden müsse; insofern stimme er einer entsprechenden Zwischeninformation durch die Kämmerei – den Fraktionen per mail zugegangen – zu. Zu Ziffer 5 hingegen könne und sollte aus Sicht seiner Fraktion jedoch schon Stellung genommen werden; diese Forderung werde er auch in der kommenden Sitzung des Sportausschusses wiederholen. Im Übrigen bitte er, auch Zwischeninformationen nicht nur per email an die Fraktionen zu geben sondern die betroffenen Ausschüsse auf dem offiziellen Weg – per Stellungnahme – zu informieren.

SE Blömer-Frerker kritisiert, dass am 05. Mai d.J. ein Gespräch zwischen der Stadtverwaltung, dem 1. FC Köln und Vertretern der Ratsfraktionen stattgefunden habe, die Bezirksvertretung Lindenthal hierzu jedoch nicht eingeladen wurde. Die BV habe dies zum Anlass genommen, in der gestrigen Sitzung einen Beschluss zu fassen, nach dem künftig auch die Bezirksbürgermeisterin bzw. der Vertreter zu derartigen Gesprächsrunden eingeladen werden.

7.7 Planung einer temporären Fuß- und Radwegrampe an der unterstromigen linksrheinischen Seite der Hohenzollernbrücke zum Breslauer Platz 1349/2017

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer dankt der Verwaltung für die ausführliche Stellungnahme, die er angesichts der angekündigten Verwaltungsvorlage zunächst nur als „Wasserstandsmeldung“ zur Kenntnis nehme.

Er bitte die Verwaltung jedoch noch, die geplanten S-Bahngleise in den Planunterlagen zu kennzeichnen und um Mitteilung, welche konkreten Gründe aus denkmal-

schutzrechtlicher Sicht gegen das Vorhaben sprechen; die Brückenpfeiler seien nicht Original sondern lediglich ein Nachbau. Zudem fragt er, ob sich die Rampe an die neuen S-Bahngleise anschmiegen würde, wenn zunächst die Gleiserweiterung und erst dann die Bebauung am Breslauer Platz realisiert werden würde.

Letztendlich bittet er auch um einen Sachstandsbericht zur Machbarkeitsstudie der weiteren Rheinquerungen.

Eine Stellungnahme bis zur Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt wäre hilfreich; andernfalls bitte er um eine schriftliche Beantwortung im Nachgang.

BG Blome teilt mit, dass eine etwaige Rampe für die geplante Gleiserweiterung zunächst zurück- und nach Abschluss der Maßnahme wieder aufgebaut werden müsste. Die von der Verwaltung angekündigte Vorlage werde im 2. Halbjahr 2017 in die Gremien eingebracht; dort werden auch die südliche Seite der Hohenzollernbrücke sowie in diesem Zusammenhang weitere Aufträge zum Thema Rheinquerung dargestellt. Stellungnahmen der Denkmalbehörde sowie ggf. der DB werden dieser Vorlage zur besseren Transparenz beigefügt.

7.8 Luftreinhaltung - Sachstand zum Runden Tisch 1945/2017

Die Mitteilung wurde zurückgezogen.

7.9 Jahresbericht 2016 der Koordinationsstelle Klimaschutz 1996/2017

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Sachstand zur Anbindung der Linie 3 ans Görlinger Zentrum Mündliche Anfrage des RM Schultes

Auf Frage des RM Schultes berichtet Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, dass die Verwaltung neue Fluchtwege schaffen müsse und dementsprechend derzeit an den Balkonerweiterungen am langen Riegel zum Schumacherring gebaut werde. Nach der Sommerpause werde der 1. Spatenstich für die großen Tiefbauarbeiten erfolgen.

8.2 Livemap zum ÖPNV in Hamburg Mündliche Anfrage des RM Scholz

RM Scholz berichtet aus Hamburg, dass die dortigen Verkehrsbetriebe eine Livemap installiert hätten, in der der ÖPNV in Echtzeit abgebildet werde, d.h. sowohl das Streckennetz als auch die einzelnen Fahrzeuge im Betrieb. Er – und auch der Ratskollege Hegenbarth – möchten nun wissen, ob dieses System auch in Köln eingeführt werden könnte.

gez. Andreas Wolter

gez. Angela Krause

BM Andreas Wolter
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)